

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 19 (2006)
Heft: [8]: Schweizer Zukünfte "Mapping Switzerland2"

Artikel: Umverteilung : die Schlacht bei Affoltern
Autor: Buochsler, Franz Xavier
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-122956>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schlacht bei Affoltern

Text: Franz Xavier Buochsler

Franz Xavier Buochsler, einer der letzten Zöglinge der Stiftsschule Engelberg, studierte in Zürich und Grenoble Philosophie und Geschichte und war Lehrer an einem Zürcher Gymnasium. Er stammt aus Obwalden und war einer der Gründer des Alpenbundes, ist aber politisch kaum hervorgetreten. Er arbeitet zur Zeit an einer Zusammenfassung des Alpenbunds.

■ «Als Historiker bleibe ich gelassen, als Bürger bin ich enttäuscht, ja verbittert. Das ist nicht mehr meine Schweiz. Der Föderalismus ist tot, was 1291 begann, wurde 2020 beerdigt. Wir leben unter dem Diktat der Metropolisten, genauso wie nach dem ersten Sonderbundskrieg unter jenem der Radikalen. Den zweiten Sonderbundskrieg nenne ich das, was offiziell die Neuordnung heisst. Die Parallelen sind offensichtlich.

Es begann schon in den Nullerjahren. «Service public» war das erste Stichwort, ins Alltägliche übersetzt hiess das: Ihr seid zu teuer. Die Ökonomen und Sparpriester in Zürich, die Steuerverweigerer in Zug, die Batzenklemmer aus Basel, alle waren sich in einem einig: Die Alpen und die Randregionen kosten nur und bringen nichts. Statt mit der Giesskanne Subventionen an die Schwachen zu verteilen, müsse man die Starken stärken. Sie alleine seien der Motor der Wirtschaft. Der Ausgleich, der den inneren Frieden erhielt, war plötzlich ein Wettbewerbsnachteil in der Standortkonkurrenz! Geht es Zürich gut, tönte es, so prosperiert die Schweiz, kriegte Zürich den Schnupfen, so hat die Schweiz eine Lungenentzündung. Fred Wirz, den der Volksmund «der Firz mit u» taufte, war zuerst Chef einer Denkfabrik gewesen und stieg rasch zum Führer der Metropolisten auf, die zur politischen Grossmacht wurden. Wirz gab die Richtung an: Schluss mit dem Heidi-land! Die Schweiz kann nur als Metropole überleben. Es gibt keinen Menschen, der mir je so verhasst war wie Fred Wirz, ein Demagoge, ein Radikaler, ein Internationalist!

Der zweite Sonderbund

Im Kanton Zürich starteten die Metropolisten die Standesinitiative «Eine neue Schweiz» mit der Forderung nach einer grundsätzlichen Verfassungsrevision. «Die politische Landkarte wieder mit der Realität des Landes in Einklang bringen», hiess das Programm. In Deutsch: Die Wirtschaft

diktiert. «Schluss mit dem Klassenkampf der Regionen», verkündete Wirz, «die Schweiz ist auf dem Weg zur Metropole, wir müssen ihn freischaufeln!» Er meinte damit aber vor allem: Schluss mit der Solidarität unter den Kantonen. Wirz redete gern von «Tatsachen»: «Die Agglomeration existiert, sie muss auch etwas zu sagen haben!» Er heizte bewusst die Stimmung an, seine Demagogie ging immer in dieselbe Richtung: Jahrzehntelang hätten die wirtschaftlich starken Kantone Geld in die Randregionen gepumpt. Genützt habe es nur der ansässigen Bauwirtschaft, aber nachhaltig sei nichts. Ein Fass ohne Boden.

Im Sommer 2013 wurde die Standesinitiative «Eine neue Schweiz» im Kanton Zürich deutlich angenommen. Es war eine Kriegserklärung. Der zweite Sonderbundskrieg begann 2013. Denn die Kantone Zug, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Schwyz unterstützten die Zürcher Initiative. Wer sich wundert, dass Schwyz dabei war, unterschätzt das Gewicht von Ausserschwyz, schon damals eine Zürcher Kolonie.

Natürlich wurde die Verfassungsinitiative auf Bundesebene ein Jahr später mit 6 zu 17 Standesstimmen abgelehnt. Bedenklich aber war das knapp annehmende Volksmehr von 50,8 Prozent. Das nahmen die «Geldkantone» als Vorwand, und sie beschlossen, einen Teil ihrer Ausgleichszahlungen auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Der Zankapfel war der Ausbau der Porta Alpina, ein Projekt, das den zentralen Alpenraum zur Spielwiese Europas gemacht und alle bisherigen Defizite der Porta endgültig beseitigt hätte. Das Sperrkonto war ein klarer Verfassungsbruch, und eine Bundesexekution wäre die einzig richtige Antwort gewesen. Doch der Bund schreckte davor zurück und rettete sich in eine Hinhaltepolitik. Womit hätte er die Exekution auch durchsetzen wollen? Was von der Armee noch übrig war, war dafür nicht zu gebrauchen. Kein Entlebucher Infanteriebataillon weit und breit.

Der Freischarenzug

Das Klima verschärfte sich, in der Surselva gingen die ersten Autos mit Zürcher Kennzeichen in Flammen auf, im Val d'Hérens wurden die ersten Zweitwohnungen geplündert. Die Eigentümer hatten die Kurtaxen aufs Sperrkonto überwiesen. Strassensperren am Gotthard führten zu internationalen Protesten. In dieser Zeit der Not gründeten wir den Alpenbund. Das war eine politische Bewegung, die den Föderalismus verteidigte und die Wiederherstellung der verfassungskonformen Zustände verlangte. Ich war bei der Gründung in Engelberg dabei, doch war nie mehr als ein Vereinsmitglied. Als Historiker war ich eher Beobachter als Täter. Der Alpenbund war ein Sprachrohr der Randregionen, eine Macht war er nie. Das Gesetz des Handelns rissen ungefragt die Steinböcke an sich, die Jugendorganisation des Alpenbunds. Diese Hitzköpfe veranstalteten 2017 ihren «Maibummel nach Zürich», ein neuer Freischarenzug. Wenn die Zürcher das Geld nicht rusrückten, so müsse man es holen.

Sie kamen bis nach Affoltern am Albis, dort versperrte ihnen die Zürcher Polizei den Weg. Wahr ist leider auch, dass den Steinböcken Disziplin und Führung fehlte. Die Polizei hingegen hatte strategisch geschickt Strassensperren errichtet und damit die Autokarawane der Steinböcke bei Affoltern in eine Sackgasse gelenkt. Die Steinböcke blieben in ihrem eigenen Stau stecken. Die Zürcher spoteten später, nie zuvor seien so viele betrunkene Inner-schweizer im Säuliamt im Kreis gefahren. Trotzdem gab →



→ es ein Scharmützel, drei Urner fuhren mit ihrem Lieferwagen in ein Tobel, sie waren die einzigen Toten des Maibummels. Leider muss ich zugeben, dass die Steinböcke im Säuliamt sich wie Säuli aufführten. Sie hinterliessen einen gewaltigen Flur- und Sachschaden, ja schreckten vor Brandstiftung und Vergewaltigungen nicht zurück. Das böse Wort vom Saubannerzug stand in allen Zeitungen. Doch der Freischarenzug war die Wende. Der Alpenbund stand plötzlich als Friedensbrecher da, während wir vorher die Hüter der Verfassung gewesen waren. Die Metropoliten reagierten sofort. Sie starteten eine Volksinitiative «Neuordnung der Schweiz». Innerhalb zweier Wochen waren 500 000 Unterschriften zusammen. Die Agglomeration war erwacht und spielte ihre Stärke aus. Uns vom Alpenbund blieb nur die Hoffnung auf das Standesmehr. Man kann sich unsere Enttäuschung ausmalen, als am 25. September 2020 11 ½ Stände Ja sagten und nur 10 ½ Nein. Selbst Waadt, Jura, Neuenburg, Luzern und St. Gallen waren bei den Befürwortern, dagegen waren eigentlich nur der harte Alpenblock und die Tessiner. An diesem Abend weinte ich vor dem Fernsehapparat.

Ein Einheitsstaat?

Die Initiative verlangte eine politische Neuordnung. Die Agglomeriten organisieren zur Zeit ihre Schweiz. «Stadt und Land miteneinander», sagen sie heuchlerisch und bauen ihre Kantone zusammen. Die Stadt braucht einen Stadtpark; funktionale Einheiten nennen sie ihre künstlichen Gebilde, die aber keine Rolle mehr spielen werden, da die Metropoliten den Einheitsstaat verwirklichen wollen. Man kann das am Beispiel der Raumplanung zeigen. Die Planung sei ein Instrument, die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz zu fördern, ist das Glaubensbekenntnis der Metropoliten. Metropole heisst: Die Schweiz ist ein einziges Wirtschaftsgebiet, also ist die Planung eine nationale Aufgabe. «Zum ersten Mal in der Geschichte der Eidgenossenschaft», verkündete Wirz nach dem Abstimmungssieg, «werden wir wirksame Prioritäten setzen. Statt Kirchturnplanung endlich Landesplanung!» Die Ziele der Metropoliten sind hoch gesteckt. Sie sehen Planung nicht als eine eigene Disziplin und schon gar nicht als blossen Gesetzesvollzug, sondern als Querschnittsaufgabe. Sie versprechen uns, Besiedelung, Verkehr, Gesundheitswesen und Bildung unter einen Hut zu bringen.

Die Massnahmen auf den verschiedenen Gebieten sollen miteinander abgestimmt werden, damit sie sich gegenseitig weiterbringen. Die alte Regionalpolitik darf's nicht mehr geben, jetzt wird koordiniert und nationalisiert. Der Bund regiert bald alles. Wir können uns also auf den eidgenössischen Verkehrs-, Siedlungs-, Gesundheits- und Schulvogt freuen, von jetzt ab wird alles in Bern geplant und auf dem Lande nur noch ausgeführt. Doch die Metropoliten haben ihr «Fuder» noch lange nicht im Trockenen. Sie müssen die Volksabstimmung über die neue Verfassung erst noch gewinnen. Nächstes Jahr im Mai kommt unsere Stunde. Diese Abstimmung gewinnen wir ganz bestimmt, wir, der Alpenbund.

Trotzdem muss ich als Historiker feststellen: Noch vor der Ablehnung der neuen Verfassung ist der Bund der souveränen Kantone ausgehöhlt, die Schweiz ist keine Eidgenossenschaft mehr. Der «Furz mit u» hat in einer Sache Recht: Die Gewichte haben sich verschoben, die Agglomeriten sind in der Überzahl. Der Alpenbund wird trotzdem weiterkämpfen. Ich allerdings werde nur zuschauen.» •

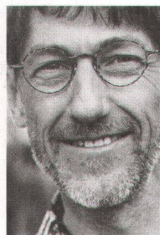


Fabrizio Brentini, Luzern

Ich habe den Text gelesen und muss feststellen, dass ich keinen Zugang finde. Ich kann in diesem Sandkasten nicht mitspielen. Mit Utopien kann ich schlicht nichts anfangen. Zum Antagonismus von Stadt und Land kann ich höchstens Folgendes sagen:

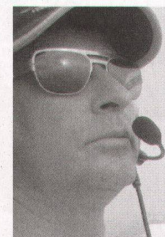
Ich erlebte, wie meine Heimat Leventina, in der ich nie lebte (!), sich entleerte. Ist das gut, ist das schlecht? Solche Fragen stelle ich nicht. Es ist einfach so. Vielleicht bietet sich damit auch eine Chance an, dass Randregionen durch Entvölkerung so undurchdringlich werden, dass sie Ruhe vor den Menschen erhalten, die ihrerseits in Metropolen gehalten werden. Ich habe auch keine Aversion gegen Metropolen, höchstens gegen die Vernichtung von Biosphären. Das geschieht heute in Metropolen, was nicht heissen muss, dass sie nicht auch einen Beitrag zur Biodiversität leisten könnten. Koexistenz von Gebautem und so genannt Natürlichem ist in Metropolen grundsätzlich möglich. Aber das hat nichts mit dem Stadt-Land- oder Stadt-Alpen-Problem zu tun. Schauen wir in eine etwas weitere Zukunft, dann können wir getrost unsere Schwarz-Weiss-Malerei unverzüglich beenden. Das Leben geht auch im nachmenschlichen Zeitalter weiter. Die Städte um Tschernobyl führen es vor, wie belanglos das Gebaute (mitsamt den Tätigkeiten, die damit verbunden sind) ist. Es tut mir Leid, dass ich keinen adäquaten Beitrag leisten kann.

Dr. Fabrizio Brentini, Studium der Kunstgeschichte, Philosophie und Theologie in Fribourg und Zürich. Als Gymnasiallehrer in Sursee tätig.



Martin Boesch, St. Gallen

Keine Rede vom erbitterten Widerstand bis zum letzten Walser, denn die Alpenbarone machten (wie schon seit jeher) gemeinsame Sache mit den Agglomeriten und verschachtelten ihre Sonnenplätze an die Meistbietenden. Eine Studie des Ethnologischen Institutes der Uni Zürich beseitigte jeden Zweifel: Die alpenländische Kultur (oder was man im 20. Jahrhundert dafür hielt) ist inzwischen spurlos verschwunden. Und die Raumplanung? Gottseidank nichts Besonderes, denn auch diese Branche hatte sich schon längst dem neuen Zeitgeist angepasst. Kurz das Wichtigste: Der Bundesrat hat den längst fälligen Schritt getan, das zuständige Amt abgespeckt und als Abteilung dem «seco» zugeordnet, zu-



sammen mit den Überresten des einstigen BUWAL. Damit ist das Primat der Wirtschaft auch in der Verwaltungsrealität endlich umgesetzt. Die zu nächst vorgesehene Totalrevision des Raumplanungsgesetzes wurde abgeblasen, nachdem klar wurde, dass ein altersschwacher Papiertiger eigentlich weniger Schaden anrichtet als eine Märtyrer-Legende. Ohnehin konnte nach der Revision 2006/07 jeder machen, was er wollte, denn die Planungspflicht und die Verbandsbeschwerde waren abgeschafft worden.

Das Studio Basel übernahm vom ETH-Rat den Auftrag, die «Strategie Nachhaltigkeit» zeitgemäss zu interpretieren – et voilà:

- Förderung international beachteter Bau-Ikonen (gut für den Standortwettbewerb).

- Abbau des horrenden öV-Defizites durch Streckenstilllegungen und Privatisierung zentral gelegener Immobilien.

- Fokussierung des «Service public» auf die rentable Schweiz zur Sicherstellung kostengünstiger Dienstleistungen.

- Reduktion der agrarischen Umwelt schäden durch Umlagerung der Landwirtschaftssubventionen in die Wirtschaftsförderung.

Zusammengefasst: Die Metropole Schweiz hat die neuen Herausforderungen effizient gemeistert.

Prof. Dr. Martin Boesch, Titularprofessor für theoretische und angewandte Wirtschafts- und Sozialgeographie, Hochschule St. Gallen

Pius Freiburghaus, Pfäffikon SZ

Am 7. Mai 2006 beschlossen die Glarner an Ihrer Landsgemeinde eine umfassende Gebietsreform und teilten ihren Kanton in drei Gemeinden auf. Neben den Einsparungen durch eine effizientere Erbringung der staatlichen Leistungen eröffneten sich ganz neue Möglichkeiten in der Raumplanung. Die Glarner nutzten sie. Während sich die Züricher mit ihren Agglomerationsgemeinden um die Abgeltung der Zentrumslasten stritten, wurde Glarus plötzlich zum Wachstumsmotor der Innerschweiz. Der ganze «Alpenblock» schaute zuerst verwundert zu und zog dann nach. Mit neuem Selbstvertrauen versehen bauten die cleveren Innerschweizer den ehemaligen Militärflugplatz Mollis zum Zentrum für die Geschäftsflierei aus und hatten damit eine internationale Anbindung. Die Alpenregion wurde hip. Der Geldfluss beim NFA drehte sich um. An der Landsgemeinde vom 9. Juni 2025 wird in Glarus darüber debattiert,



Bruno Fritzsche, Zürich

Wie von einem Engelberger Stiftdschüler nicht anders zu erwarten, kolportiert Buochsler den gängigen Mythos von der echten, der Alpen-Schweiz, die vom Moloch der Moderne, der in den Städten haust, gefressen wird. Die Realität sieht anders aus. Nimmt man – als einzig langfristig verfügbares – Prospektivitätsmerkmal die Bevölkerungsentwicklung, so sind in den letzten 150 Jahren Voralpenkantone wie die beiden Appenzell und Randregionen wie Schaffhausen am wenigsten gewachsen.

Die pfiffigen Bergler und Innerschweizer haben schon längst gemerkt, wie man die «Geldschweizer» mit Steuerprivilegien und Luxus dazu bringt, das Geld, das sie in den Metropolen geschneit haben, bei ihnen auszugeben. Zug hat's vorge macht, Schwyz und Nidwalden folgten, Obwalden hat noch einen draufgesetzt; mal sehen, was den Urnern einfällt. Solange der «Steuerwettbewerb» das Herz der Wirtschaft erfreut und zugleich den magersüchtigen Staat fördert, braucht man sich um die Souveränität der Kantone, zumindest, was ihre Steuerhoheit betrifft, nicht zu sorgen. Raumplanung, ohnehin ein Schönwetterprogramm, das beim kleinsten Windstoss, wie jüngst in Galmiz, umfällt, ist da ganz unerheblich.

Prof. Dr. Bruno Fritzsche, emeritierter Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Universität Zürich; beschäftigt sich hauptsächlich mit Stadtentwicklung



Jakob Tanner, Zürich

Franz Xavier Buochsler ist ein Zukunfts-Anachronist. Er verkörpert die Fortschreibung eines Reduit-Ressentiments gegen die Moderne. «Ex albus salus patriae»: Zu diesem Motto, das schon im ausgehenden 18. Jahrhundert aufkam, passt die Flucht in ein geistiges Fortifikationssystem, das Fremdes als Bedrohung auffasst und die weltzugewandten Seiten der Schweiz verdrängt. Aus Buochslers Sicht bleibt nur die Alternative zwischen verbissenem Kampf für die Abschottung und abgeklärter Resignation, die immerhin noch eine Ahnung aufkommen lässt, wie verkracht diese Konstellation ist. Der Alpenbund mobilisiert einen historischen Mythos. Der moderne schweizerische

Bundesstaat von 1848 wäre ohne die Niederlage des damaligen «Alpenbundes» – des Sonderbundes der Jahre 1845–47 – gar nicht erst entstanden. Und wirtschaftlich erwies sich die «Ur schweiz» keineswegs als so abgeschlossen, wie sie im Überfremdungs diskurs seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert dargestellt wurde. Die Alpen- und Voralpenwirtschaft war vielmehr hoch kommerzialisiert und während Jahrhunderten in einen europäischen Wirtschafts- und Macht raum integriert.

Die lokalen Eliten wussten, wie wichtig der Export von Soldaten, Vieh und Milchprodukten für die Reichtumsakkumulation war. Heute sehen wir, dass Kantone der eingebildeten «Alpen schweiz» – Stichwort «Obwalden» – von der europäischen Integration direkt zu profitieren versuchen, indem sie sich unverhohlen als Steuervermeidungsparadies anbieten. Der Kampf des «Alpenbundes» stellte die folkloristische Eskamotage dieser grenzüberschreitenden Zusammenhänge der Schweiz dar.

Prof. Dr. Jakob Tanner, Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Universität Zürich



Georg Tobler, Bern

Die wirtschaftlichen und demografischen Gewichte von Stadt und Land haben sich in den letzten Jahrzehnten zu Gunsten der städtischen Gebiete verschoben. Heute wohnen 75 Prozent der Bevölkerung in den Agglomerationen; 82 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich dort. Der Trend geht in Richtung einer weiteren Konzentration auf die Metropolitanräume mit internationaler Ausstrahlung.

Das politische Gewicht der städtischen Räume auf kantonaler und eidgenössischer Ebene spiegelt diese Realität nur teilweise. Die städtischen Räume haben Mühe, ihre Bedürfnisse in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen und geeignete politische Rahmenbedingungen zu erhalten. Das Szenario zeigt pointiert auf, was geschehen könnte, wenn die bisher selbstverständlich gelebte Solidarität zwischen Stadt und Land nicht stetig weiterentwickelt und der realen Entwicklung angepasst wird. Die urbane Realität der Schweiz ist bisher nur im Raum gewachsen; sie muss jetzt auch in den Köpfen wachsen. Nur so kann eine Konfrontation zwischen Metropoliten und Alpenbund vermieden werden.

Georg Tobler, Raumplaner ETH/NDS, Fürsprecher Amt für Raumentwicklung